

## **Resolution 4**

### **Finger weg vom Minijob – Freiräume für die Fleißigen statt Abschaffung durch die Hintertür!**

#### **1. Ausgangslage**

Der Minijob ist ein Erfolgsmodell. Rund sieben Millionen Menschen nutzen ihn – darunter Studierende, Rentner, Eltern und Beschäftigte, die sich etwas hinzuverdienen. Zugleich ist er für Gastronomie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und viele mittelständische Betriebe unverzichtbar.

Trotzdem droht eine schleichende Aushöhlung: Ab 2027 sollen die Krankenversicherungsbeiträge der Betriebe für Minijobs steigen. Ab 2028 ist zusätzlich ein Pflegebeitrag von 3,6 Prozent vorgesehen. Gleichzeitig wird vorbereitet, den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus des Minijobs abzuschaffen.

Nach einer Modellrechnung könnten die monatlichen Kosten eines Betriebs bei einem Verdienst von 633 Euro netto dadurch von rund 830 Euro auf etwa 1.145 Euro steigen – um fast 40 Prozent. Damit würde der Minijob zwar seinen Namen behalten, für Beschäftigte und Betriebe aber seinen Nutzen verlieren.

#### **2. Der Minijob muss Minijob bleiben**

Für uns FREIE WÄHLER ist klar: Wir brauchen mehr Freiräume für die Fleißigen statt immer neuer Belastungen. Der Minijob ermöglicht einen unkomplizierten Zusatzverdienst, stärkt die Eigenverantwortung, wirkt Schwarzarbeit entgegen und hilft Betrieben, Personalengpässe flexibel abzufedern.

Wer den Minijob durch höhere Steuer- und Sozialabgaben unattraktiv macht, schafft ihn zwar nicht auf dem Papier ab – wohl aber in der Praxis. Mit der Abschaffung des Minijobs retten wir nicht die Rente. Stattdessen gefährden wir zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für Millionen Menschen und ein bewährtes Beschäftigungsmodell für unsere Wirtschaft.

#### **3. Unsere Forderungen**

Wir FREIE WÄHLER fordern daher:

1. Den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus des Minijobs vollständig zu erhalten. Eine Abschaffung oder schrittweise Aushöhlung lehnen wir ab.
2. Die geplanten zusätzlichen Belastungen zu stoppen. Höhere Krankenversicherungsbeiträge und ein zusätzlicher Pflegebeitrag gefährden Minijobs und verteuern Arbeit.

3. Die einfache und unbürokratische Ausgestaltung des Minijobs zu bewahren. Beschäftigte und Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen statt zusätzlicher Belastungen.
4. Vor jeder Änderung eine vollständige Folgenabschätzung vorzulegen. Auswirkungen auf Nettoeinkommen, Arbeitsvolumen, Beschäftigung und betroffene Branchen müssen belastbar untersucht werden. Es gilt: Erst rechnen, dann entscheiden!

**Arbeit muss sich lohnen und für Betriebe bezahlbar bleiben. Deshalb stellen wir FREIE WÄHLER klar: Der Minijob muss Minijob bleiben – Finger weg von einem bewährten Erfolgsmodell!**